

Bremer Schwerindustrie in der Konjunkturkrise – Einflussnahme des Senats auf Bundesregierung

Wie Radio Bremen meldete, begann gestern im Bremer Stahlwerk von ArcelorMittal die Kurzarbeit. Die Produktion wird bis Anfang Januar weitgehend stillgelegt, ab Ende Januar ist eine Fortführung der Kurzarbeit von noch unbestimmter Dauer geplant. Zudem ist mit einem Abbau von 450 Arbeitsstellen zu rechnen. Auf der Bremerhavener Lloyd-Werft werden Anfang 2009 105 Arbeitsstellen abgebaut; ein Fünftel der Stammbeschaft. Daimler hat in seinem Stammwerk in Sindelfingen ab Januar Kurzarbeit angemeldet. Laut Presseberichten wird die Ausweitung der Kurzarbeit auch auf andere Daimler-Werke erwogen, unter anderem das in Bremen.

Im Gegensatz zu den Problemen kleiner und mittelständischer Unternehmen kann Bremen auf die Krise der international agierenden Großunternehmen der Schwerindustrie kaum unmittelbaren Einfluss nehmen. Der Senat kann jedoch seinen Einfluss im Bundesrat und auf die Regierungskoalition in Berlin geltend machen, um sich für ein umfangreiches, vorgezogenes zweites Konjunkturpaket der Bundesregierung stark zu machen.

1. Aus Sicht der LINKEN braucht Deutschland ein öffentliches Investitions-programm über mindestens 50 Milliarden Euro. Dies ermöglicht insbesondere den Ausbau von Ganztagschulen, eine Verbesserung der Hochschulbildung, eine Sanierung von öffentlichen Gebäuden und Infrastruktur, Investitionen in Krankenhäuser sowie die Förderung erneuerbarer Energien und CO₂-Gebäudesanierung.
2. Zudem ist es aus Sicht der LINKEN nach wie vor richtig, das Arbeitslosengeld II, die Regelsätze für die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und für Asylbewerberinnen und –bewerber deutlich anzuheben. Es wäre auch der richtige Zeitpunkt, um die Renten zu erhöhen und Maßnahmen zur Vermeidung von Altersarmut zu treffen. Schließlich ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns das Gebot der Stunde. Primär, weil diese Maßnahmen die Lebenslage der Betroffenen deutlich verbessern würde. Aber auch, weil es die Binnennachfrage in Deutschland um über 25 Mrd. € erhöhen würde.
3. Zur Finanzierung dieser Maßnahmen müssen große Erbschaften, Einkommen und Vermögen sowie Börsenumsätze stärker besteuert werden. Zusätzliche Mittel können durch eine Zwangsanleihe für große Vermögen beschafft werden, wie sie der DGB-Vorsitzende Michael Sommer ins Gespräch gebracht hat. Sie kann zinsfrei erhoben werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, seinen Einfluss im Bundesrat sowie auf die Bundesregierung geltend zu machen, um ein zweites, umfangreiches Investitionsprogramm zur Förderung der öffentlichen Infrastruktur so bald wie möglich auf den Weg zu bringen.
2. Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung für eine Erhöhung der Regelsätze von ALG II, Sozialhilfe und Renten sowie für eine Einführung des generellen Mindestlohns einzusetzen.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung für eine

Gegenfinanzierung durch eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen und Erbschaften, Börsenumsätzen sowie weitere, geeignete Maßnahmen wie eine Zwangsanleihe für große Vermögen einzusetzen.

Klaus-Rainer Rupp, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE

Quelle: <http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/-d9bdbc9eb2/>